

# Grundstücke im Visier

## Der Stadtrat hat nun die „Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH“ gegründet

VON KAI PURSCHKE

**Achim.** So langsam wird es ernst mit Achim-West. Mit jenem 100-Millionen-Euro-Projekt, dessen Realisierung angesichts eines noch nicht gestopftes Finanzierungsloches von zwölf Millionen Euro eigentlich auf der Kippe steht. Eigentlich, denn mit der Gründung der Projektgesellschaft „Achim-West Entwicklungsgesellschaft mbH“, die der Stadtrat bei einer Gegenstimme von Jan Precht von der SPD-Fraktion am Donnerstagabend beschlossen hat, ist ein weiterer Schritt vollzogen worden. Und angesichts einer weiteren Million Euro, mit der die Stadt die Gesellschaft als Stammkapital ausstattet, wird offenbar mehr Politikern als nur Jan Precht, der zugleich der Bürgerinitiative Uphusen angehört, Bange. Gleich mehrfach kam in zur Sprache, ob bereits der Punkt ohne Umkehrchance erreicht ist.

Dafür sei auch noch Zeit, meinte der Erste Stadtrat Bernd Kettenburg. „So lange die Finanzierungslücke nicht geschlossen ist, werden wir dem Rat keinen Realisierungsbeschluss vorlegen.“ Und auch der Ratsvorsitzende Bernd Junker (SPD) sah noch „viele Punkte, an denen wir aussteigen können“. Bis zu 9,9 Millionen Euro kann und will die Stadt in Absprache mit der Kommunalaufsicht für das Projekt Achim-West aufwenden, danach ist Schluss.

Auch dieses Geld soll der Gesellschaft neben dem Stammkapital zur Verfügung stehen, um den öffentlichen Auftrag zu erfüllen. Ansonsten sind sie und die Stadt aufs Geld anderer angewiesen. Etwa auf den Topf mit dem Namen „Gemeindeverkehrs-

finanzierungsgesetz“, in dem sich nun die früheren „Entflechtungsmittel“ befinden, die in der Kalkulation für Achim-West fest eingeplant sind. Aber um an das Geld zu kommen, „müssen wir in den Haushalt des Landes gelangen“, betonte Kettenburg. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Stadt seinen Worten nach der Pflicht, die Baureife für das Projekt zu schaffen.

Mit anderen Worten: Die Stadt muss über die notwendigen Grundstücke verfügen oder über entsprechende Vorverträge für diese. Und da kommt die Projektgesellschaft

„Wir sind uns doch alle  
einig, dass wir die  
Notbremse ziehen, wenn es  
angebracht ist.“

Volker Wrede, CDU

ins Spiel, die mit dem Kapital von einer Million Euro diese Grundstücke erwerben soll. „Die Verhandlungen sind ein langwieriger Prozess“, unterstrich Kettenburg. Daher sei der Zeitpunkt für die GmbH-Gründung gekommen. Andernfalls könnte es offenbar einen zwei- bis dreijährigen Stillstand geben, wenn die Verhandlungen zu spät begonnen werden. Dass die GmbH die Geschäfte führen soll und nicht die Stadt, hat zum einen steuerliche Vorteile, zum anderen ist das finanzielle Volumen des Projekts

Achim-West knapp doppelt so hoch wie der städtische Haushalt, der bei 55 Millionen liegt. Und wie Kettenburg ausführte, geht es auch um eine Haftungsbegrenzung, denn die Kommune wäre unbegrenzt haftbar.

Wirtschaftsförderer Martin Balkausky und Kämmerer Peter Hollwedel werden die Geschäftsführer der Gesellschaft sein und somit Doppelfunktionen ausführen. Wie die Aller-Weser-Klinik oder die Achimer Touristikzentrale werde nun auch für Achim-West eine private Gesellschaft mit öffentlicher Aufgabe betraut, erklärte die Stadtverwaltung. „Die Planung von Straßen und des Gewerbegebiets bleiben ebenso in der Hand des Rates wie der Beschluss des Bebauungsplans“, sicherte Kettenburg etwa den Ratsleuten Precht und Gero Höcker (FDP) zu. Die beiden Politiker machen sich Sorgen darüber, dass der Rat das Heft des Handelns aus der Hand geben könnte.

Für die SPD sagte Werner Meinken, dass Achim ganz klar ein Risiko eingeehe. „Die Machbarkeit muss geklärt sein, sonst setzen wir Planungsgeld in den Sand – das könnte sein, aber wir stehen dazu“. Wolfgang Heckel (WGA) mahnte an, dass es auf jeden Fall bei den höchstens zehn Millionen Euro bleiben müsse und Silke Thomas erklärte für die Grünen, dass es ein gutes Zeichen sei, „dass die auslaufenden Entflechtungsmittel durch neue Mittel ersetzt werden“. Und sollte sich zwischenzeitlich herausstellen, dass Achim-West doch nicht realisierbar ist, dürfte Volker Wredes (CDU) Resümee gelten: „Wir sind uns doch alle einig, dass wir die Notbremse ziehen, wenn es angebracht ist“.

